

**Landrat Bodo Klimpel**

**Rede Einbringung Haushalt, 19.09.2022**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

„Die Energiekrise trifft auf die eine oder andere Weise alle Industrieländer der westlichen Welt. Die Krise, an deren Anfang wir erst stehen, ist nicht zu verharmlosen. Allen, die schon von sich aus den Verbrauch eingeschränkt und die es abgelehnt haben, die Lage auszunutzen, möchte ich danken. Die junge Generation erlebt es zum ersten Mal, was ein gewisser Mangel bedeuten kann. Die Jungen und Älteren werden zeigen, was Solidarität ist.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

diese Worte wirken aktuell, doch sind sie fast 50 Jahre alt und stammen aus der Fernsehansprache von Bundeskanzler Willy Brandt. Gehalten am 25. November 1973 anlässlich der damaligen Ölkrise.

Die Älteren unter uns werden sich noch gut erinnern können: Am 25. November 1973 – kurz nach meinem zehnten Geburtstag - herrschte auf den Straßen und Autobahnen der Bundesrepublik gähnende Leere und ungewöhnliche Stille.

Erstmals in der Geschichte des Landes galt ein bundesweites Fahrverbot. Ich bin in dieser Zeit zum ersten und zum letzten Mal auf einer Autobahn Rollschuh gelaufen.

Wenige Tage zuvor hatte die Bundesregierung als Reaktion auf das Erdöl-Embargo der OPEC in einem "Energiesicherungsgesetz" drastische Sparmaßnahmen angeordnet.

Damals - wie auch heute - war ein Krieg der Auslöser für die große Energiekrise.

Damals - wie auch heute - befanden wir uns durch zu einseitige Energieimporte in einer Abhängigkeitskonstellation, waren durch andere Länder erpressbar.

Und damals - wie auch heute – mussten wir mit umfassenden Energiesparmaßnahmen unser Leben umstellen.

Im Grunde hat die Ölkrise den Grundstein für die allererste Energiewende gelegt. Notgedrungen wurden erstmalig energiewirtschaftliche Innovationen umgesetzt.

Aber, auch das gehört zur Wahrheit dazu: In Zeiten von Stabilität, Wohlstand und Sicherheit wurde diese Energiewende in den vergangenen fünf Jahrzehnten nur halbherzig umgesetzt.

Warum auch, wenn Energie im Überschwang und mehr als kostengünstig vorhanden war?

Das führt nun dazu, dass wir uns fast 50 Jahre später erneut mit den gleichen Problemen wie 1973 konfrontiert sehen. Wir sind abhängig, wir sind erpressbar und wir schaden unserem Klima.

Es ist an der Zeit, dass **heute** nicht mehr mit **damals** zu vergleichen ist. Es ist an der Zeit für eine echte Energiewende. Wir müssen weg vom einmaligen Krisenreflex, hin zu einer weitreichenden, dauerhaften und nachhaltigen Strategie.

Ich bin dem Kreistag überaus dankbar, dass wir 2019 hierfür die Weichen in die richtige Richtung gestellt und den Vestischen Klimapakt beschlossen haben.

Mit unserer Ausrichtung als nachhaltiger Kreis haben wir uns ein starkes und konturenscharfes Profil gegeben, bilden bei dem wichtigen Thema Klimaschutz die große Klammer.

Mit dem Vestischen Klimapakt haben wir zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die für deutliche Verbesserung sorgen, aber auch deutlich machen: Wir meinen es ernst mit Energiewende und Klimaschutz - wir handeln!

Und falls Sie es noch nicht gemerkt haben: Und zwar wir alle! Verwaltung, Ausschüsse und der Kreistag. Und ich mache keinen Hehl daraus: Der Vestische Klimapakt ist Chefsache im Kreishaus!

Ein wichtiges Handlungsfeld, um zukünftig unabhängiger zu werden, ist dabei der Einsatz erneuerbarer Energien. Mit Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern der Berufskollegs wird zukünftig eigener, grüner Strom produziert.

Am Hans-Böckler-Berufskolleg in Haltern am See ist beispielsweise die erste Anlage bereits installiert. Alleine mit ihr werden jährlich fast 14 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart.

Auch in diesem Jahr investieren wir in den Ausbau der Anlagen 3,4 Mio. Euro.

Das zweite wichtige Handlungsfeld, um zukünftig energieunabhängiger agieren zu können, ist das Thema Wasserstoff.

Erst kürzlich haben Deutschland und Kanada ein Abkommen zur Ankurbelung der Wasserstoffwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks unterschrieben.

Was in der Krise als großer Hoffnungsträger gilt, steht in unserer Region schon seit vielen Jahren auf der Agenda.

Auf unserer Wasserstoff-Roadmap Emscher-Lippe befinden sich 60 Projekte, die wir aktuell umsetzen und vorantreiben. So sind die ersten Müllfahrzeuge mit Wasserstoffantrieb in der Region angekommen.

Die AGR arbeitet an der größten Wasserstofftankstelle Europas auf Basis des Wasserstoffs, mit dem der Kreislauf für unseren Hausmüll geschlossen wird.

Die ersten Wasserstoff-betriebenen Busse für die Vestische sind bewilligt. Und die Brennstoffzellenproduktion von Cummins in Herten für die ersten Brennstoffzellenzüge der Welt brummt – es werden aktuell 80 neue Mitarbeitenden gesucht und eingestellt.

Sie sehen: Beim Thema Wasserstoff sind wir ordentlich aufgestellt, um eine Vorreiterrolle in Deutschland und natürlich auch im Ruhrgebiet zu übernehmen.

Deswegen habe ich die Hoffnung, dass unsere Regierung bei diesem Thema zukünftig nicht nur über den großen Teich blickt, sondern auch die Aktivitäten in der Emscher-Lippe-Region anerkennt, würdigt und – wenn möglich - noch intensiver fördert.

Wir, meine Damen und Herren, können Infrastruktur. Das hat der Emscher-Umbau nun wirklich eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen der Fachverwaltungen und Partner der Region werden wir uns um die weitere erfolgreiche Umsetzung kümmern.

Unsere Maßnahmen werden allerdings nicht verhindern können, dass wir uns im Herbst und Winter auf umfassende Energieeinsparungen einstellen müssen.

Gemeinsam mit unserer Bürgermeisterin und unseren Bürgermeistern aus dem Kreis tauschen wir uns wie auch schon während der Corona- und Ukraine Krise regelmäßig hierzu aus. Wir tun alles Mögliche dafür, dass wir gut aufgestellt und ordentlich vorbereitet sind.

Wir sind uns alle einig, dass eine offene und transparente Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern unerlässlich ist. Helfen wird uns dabei eine Kommunikationskampagne, die der RVR im Auftrag des Kommunalrates erstellen lassen hat.

Neben einem stets aktualisierten zentralen Onlineportal erhalten alle Städte individualisierbare Kampagnenmaterialien.

Hierfür stehen in unserem Haushalt 70.000 Euro bereit, was für den Kreis und jede Stadt im Kreis jeweils umgerechnet rund 6.300 Euro ausmacht.

Ich bin überzeugt: Dieses Geld ist gut investiert. Wir müssen gerade in der Krise mit einer Stimme im Ruhrgebiet sprechen.

Und auch hier müssen Kreistag und Kreisverwaltung eine Einheit bilden. Das schafft Vertrauen und auch Zuversicht in unserer Bevölkerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe es bei der Vestischen Klimakonferenz bereits deutlich gemacht: Der Zug Klimawandel rollt!

Und wir müssen uns gehörig anstrengen, wenn wir ihn noch einholen wollen. Wir sind gestartet, wir dürfen aber nicht nachlassen, müssen bei unseren Anstrengungen noch schneller, noch besser werden.

Mit der Verabschiedung des Vestischen Klimapaktes wurden 8 Mio. Euro in die Themen Nachhaltigkeit, Mobilität und Ökologie investiert. Weitere 23,7 Mio. Euro folgen bis zum Jahr 2026. Das ist gut so!

Damit unsere Städte auch weiterhin wichtige Investitionen in diesen und anderen Bereichen tätigen und ihre Zukunft gestalten können, brauchen Sie finanzielle Handlungsspielräume.

Mit meinem Amtsantritt habe ich das Versprechen gegeben, bei unserer Haushaltsplanung immer mit Vernunft und Augenmaß dafür zu sorgen, dass wir die Städte nicht zusätzlich belasten.

Und ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen, liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, dass viele von Ihnen mich dabei unterstützt haben.

Umso mehr freut es mich, dass wir auch in diesem Jahr die Zahllasten der kreisangehörigen Städte deutlich verringern können.

Wir halten unser Wort!

Nach der Corona-Krise, der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine und der nun bevorstehenden Gasmangellage kommen auf unsere Städte große und kaum kalkulierbare finanzielle Herausforderungen zu.

Da ist es in diesen unruhigen Zeiten ein wichtiges Signal, dass wir als Kreis weiterhin für Kontinuität und Verlässlichkeit stehen. Das entspricht auch meinem Selbstverständnis von Verantwortung – und ich weiß Sie an meiner Seite.

Was man leider nicht von allen behaupten kann.

Mit großer Verwunderung und Verärgerung haben wir erfahren, dass die Zahllast zur Landschaftsumlage um 352 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr steigen soll.

Eine Steigerung der Zahllast bedingt durch die Landschaftsumlage in dieser Größenordnung ist nicht akzeptabel.

Unsere Ausgleichsrücklage wird in den kommenden Jahren nicht mehr ausreichen, um diese Mehrbelastungen durch den LWL zu finanzieren. Was in der Konsequenz bedeutet, dass wir die Kosten auf die Städte umlegen müssten.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen steigende Energiekosten, anwachsende Zinssätze bei Krediten und zusätzlichen Belastungen durch Corona und Ukraine-Krieg die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes nahezu unmöglich machen, stellt dieser Vorgang eine unzumutbare Mehrbelastung für unsere Städte dar.

Ich bin dankbar, dass sich LWL-Direktor Dr. Lunemann heute diesem Gremium und unseren Fragen gestellt hat. Zufrieden bin ich mit dem Ergebnis natürlich nicht.

Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Ich bin jederzeit bereit, mich für das Wohl unserer Städte einzusetzen und für ihre Belange zu kämpfen. Und ich werde diesen Konflikt nicht scheuen. Erst recht nicht, wenn er unausweichlich ist.

Für unsere Bürgermeisterin und Bürgermeister wird diese Umlageerhöhung dramatische Folgen mit sich bringen.



Denn eines ist klar: Kommt diese Erhöhung, bedeutet das für einige unserer Städte, dass sie keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr verabschieden können.

Wir müssten dann unseren Städten weitere schmerzhaft Sparmaßnahmen aufzwingen, für die es schon längst keinen Spielraum mehr gibt. Wie sollen wir das den Menschen vor Ort noch vermitteln?

Das dürfen wir alle nicht zulassen.

Deswegen muss von diesem Kreistag die eindeutige Botschaft an den LWL lauten: Nur eine solide Haushaltspolitik ist auch eine gute Sozialpolitik.

Umso dankbarer bin ich der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern für die gemeinsame Resolution für eine faire Verteilung der Finanzierung der Eingliederungshilfe für Menschen mit wesentlichen Behinderungen.

Die Botschaft Richtung Münster, Berlin und Düsseldorf ist eindeutig: Die Kommunen kommen gegen die Ausgabensteigerungen in der Eingliederungshilfe alleine nicht mehr an! Ich würde mich freuen, wenn der Kreistag dieser Resolution heute geschlossen beitrifft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unserem Haushalt werden Sie diese Ausgewogenheit zwischen zielgerichteten Investitionen in Klimaschutz und Infrastruktur, einer umfassenden Bildungs- und Sozialpolitik, eines gut

funktionierenden Rettungs- und Katastrophenschutzes sowie dem Ausbau der Digitalisierung wiederfinden.

Wir zeigen, dass man auch mit Augenmaß und Vernunft die Zukunft gestalten kann. Wir investieren dort, wo es angebracht und notwendig ist.

Dabei müssen wir mit Blick auf Wirtschaftlichkeit uns auch immer wieder die Frage stellen: Helfen uns Investitionen in der Gegenwart, um weitere Kosten in der Zukunft zu sparen?

Das ist eine Frage, die ich gerne nach Berlin richten möchte.

Mit großem Unverständnis habe ich die Botschaft vernommen, dass beim Sozialen Arbeitsmarkt, besser bekannt als SGB 16i, drastische Mittelkürzungen vorgesehen sind.

Man muss kein Prophet sein, um zu sagen: Diese Rechnung kann, diese Rechnung wird am Ende nicht aufgehen.

Der Soziale Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Wir haben Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit geholt, haben ihnen nach vielen Jahren endlich wieder eine Perspektive gegeben.

Und wer einmal in der Situation war, mit diesen Menschen sprechen zu dürfen, der wird schnell gemerkt haben: Hier haben Menschen ihre Würde zurückerlangt.

Wir alle sind uns einig: Wir sind immer gut beraten, in Arbeit statt in Arbeitslosigkeit zu investieren. Eine Streichung oder Kürzung der Mittel ist in meinen Augen absolut unverantwortlich.

Die Resolution der Bürgermeisterin und Bürgermeister des Kreises Recklinghausen, die sich für eine nachhaltige Finanzierung der aktiven, lokalen Arbeitsmarktpolitik ausspricht, hat daher meine volle Unterstützung. Und ich bitte auch Sie um Ihre Zustimmung.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mein großer Dank gilt wie in jedem Jahr allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Finanzen, die an der Erstellung des Haushaltes mitgearbeitet haben.

Dank ihnen ist dieses Gremium bestens, offen und transparent informiert. Was sicherlich in der Vergangenheit auch dazu geführt hat, dass über viele Jahre der Haushalt von einer großen und breiten Mehrheit verabschiedet wurde.

Aus den Gesprächen mit meinen Amtskolleginnen und -kollegen weiß ich, dass dies nicht zwingend zum Standard gehört.

Das gilt auch für Ihre konstruktive Unterstützung in der aktuellen Krisensituation. Insbesondere in unseren Donnerstagsrunden.

Und ich lade Sie ein, den gemeinsamen Weg für unseren Kreis weiter mit mir zu gehen. Für Klimaschutz, für Arbeitsplätze, für beste Bildung und soziale Gerechtigkeit und für eine ausgewogene und solide Haushaltspolitik.

Dann - und davon bin ich fest überzeugt – werden wir auch die Krisen und Herausforderungen der nahen Zukunft meistern. Und die Leute werden sagen: „Die da im Kreishaus machen einen guten Job!“

Vielen Dank, Glück Auf!